



Entwurf für die Behindertengleichstellungsverordnung

Externe Vernehmlassung vom 22. August bis 25. September 2003

Bericht vom Oktober 2003

I. Zweck der Vernehmlassung und Unterlagen

Die Vernehmlassung, die darauf ausgerichtet war, bei den verschiedenen angehörten Kreise Vorschläge einzuholen, bezog sich auf den Entwurf für die Behindertengleichstellungsverordnung vom 22. August 2003 (BehiV). Dieser Entwurf ist dem vorliegenden Bericht als **Anhang 1** beigelegt. Er wurde zusammen mit Erläuterungen versandt.

II. Ablauf der Vernehmlassung

Die Vernehmlassung erfolgte mündlich (Konferenz vom 18. September 2003) und schriftlich (Termin für die Einreichung der Stellungnahmen: 25. September 2003). **Anhang 2** enthält eine Liste der angeschriebenen Vernehmlassungsteilnehmer.

Anlässlich der Konferenz vom 18. September 2003 wurden von 9 bis 12 Uhr die politischen Parteien und die interessierten Organisationen angehört. Darauf folgte von 14 bis 16 Uhr die Anhörung der Kantonsvertreter (in Anwesenheit der Vertreterin der Dachorganisationen-Konferenz der privaten Behindertenhilfe, DOK). Eine Liste der Konferenzteilnehmer ist in **Anhang 3** zusammengestellt.

Zu dieser Konferenz erstellte das Bundesamt für Justiz ein Protokoll, das den Vernehmlassungsteilnehmern am 19. September 2003 zugestellt wurde. Da dieses Dokument keiner formellen Genehmigung unterstand, wurde keine korrigierte Fassung versandt. Sofern jedoch die Konferenzteilnehmer eine Berichtigung verlangten, wurde diese als Stellungnahme des betreffenden Vernehmlassungsteilnehmers in diesen Bericht aufgenommen.

III. Bericht

Der vorliegende Bericht stützt sich auf das Protokoll der Konferenz vom 18. September 2003, das durch die schriftlichen Stellungnahmen der Vernehmlassungsteilnehmer ergänzt wurde. Eine Liste der Vernehmlassungsteilnehmer, die eine

mündliche oder schriftliche Stellungnahme abgegeben haben, ist in **Anhang 4** zusammengestellt.

Der Bericht kann auf dem Internet abgerufen werden ([http://: www.bj.admin.ch](http://www.bj.admin.ch)). Ausgedruckte Exemplare können bei der folgenden Adresse bestellt werden: Bundesamt für Justiz, Abteilung Rechtsetzungsprojekte und -methodik, 3003 Bern, Tel. 031 322 47 44.

IV. Übersicht

Beteiligung

An der Vernehmlassung beteiligten sich (vgl. Anhang 4):

- 17 Kantone
- 3 eidgenössische Kommissionen
- 3 politische Parteien
- 3 Anstalten oder Unternehmen nach Spezialgesetz
- 4 Dachverbände aus dem Wirtschaftsbereich
- 10 Organisationen aus dem Bereich der Behindertenhilfe
- 14 weitere Organisationen

Ausdrücklich auf eine Stellungnahme verzichtet haben:

- FDP
- Zentralverband Staats- und Gemeindepersonal Schweiz (ZV)

Allgemeine Bemerkungen

Allgemein wurde der Entwurf für die Behindertengleichstellungsverordnung (BehiV) positiv aufgenommen, als gesetzeskonform beurteilt und nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Nur eine politische Partei lehnt den Entwurf als Ganzes ab. Ein Kanton ist der Ansicht, die Vorlage enthalte noch zu viele unbestimmte Begriffe und Ungenauigkeiten.

Die Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände erachten den Entwurf insgesamt als ausgewogen und lehnen es ab, ihn um weitere Bestimmungen auszubauen. Sie befürchten teilweise, dass die vorgesehenen Massnahmen – insbesondere im Bereich des Bundespersonals – eine Präjudizienwirkung entfalten könnten, und verwahren sich klar dagegen. Die Organisationen aus dem Bereich der Behindertenhilfe wünschen generell, dass der Entwurf in einigen Punkten, insbesondere bezüglich der Definitionen, ergänzt oder noch genauer formuliert wird. So weit sich die Kantone betroffen fühlen (Legaldefinitionen, Klarstellung des Verhältnismässigkeitsprinzips, Finanzhilfen) und unter ihnen eine allgemeine Tendenz erkennbar ist, verlangen auch sie, dass bestimmte Begriffe in der Verordnung überdacht oder genauer formuliert werden.

Am häufigsten wurden die folgenden Vorschläge zur Überarbeitung des Entwurfs geäußert: weitere Definitionen zu Begriffen aus dem Behindertengleichstellungsgesetz (BehiG, BBI 2002 8223; insbesondere zu den Begriffen Wohngebäude,

Zugänglichkeit, Internet, vgl. ad Art. 2), Umformulierung des Aufgabenkatalogs des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (vgl. ad Art. 3), genauere Formulierung der Artikel zur Interessenabwägung und zur Berechnung der massgeblichen Kosten (vgl. ad Art. 6 und 7), Vorschläge bezüglich der Dienstleistungen des Bundes (insbesondere der Dienstleistungen im Internet; vgl. ad Art. 11), nochmalige Erwägung bestimmter Massnahmen im Bereich des Bundespersonals (insbesondere in Bezug auf die Ausschreibung und die paritätische Kommission; vgl. ad Art. 12, 14 und 15), Klärung der Bestimmungen zu den Finanzhilfen (insbesondere in Bezug auf die Eigenleistung und auf die Zuständigkeiten des Departements und des Büros für die Entscheide über die Gewährung von Finanzhilfen; vgl. ad Art. 18 und 22).

1. Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen (Art. 1 und 2)

Kritische Bemerkungen gingen vor allem zu Art. 2 ein. Mehrere Vernehmlassungsteilnehmer sind der Ansicht, Art. 2 Bst. a sollte sich nur auf das ordentliche Baubewilligungsverfahren, nicht jedoch auf das vereinfachte Verfahren beziehen. Im Gegensatz dazu vertreten die Organisationen aus dem Bereich der Behindertenhilfe und aus dem Bausektor die Auffassung, dass alle Arten von Baubewilligungen unter diese Bestimmung fallen sollten. Einige Vernehmlassungsteilnehmer wünschen zudem eine Harmonisierung mit dem Raumplanungsrecht. Schliesslich sind die Organisationen aus dem Bereich der Behindertenhilfe der Ansicht, es sei nicht angebracht, die Erneuerung als "wesentlich" zu qualifizieren, da der Gesetzgeber ausdrücklich beschlossen habe, diesen Aspekt unter dem Gesichtspunkt der Verhältnismässigkeit zu behandeln (Art. 12 Abs. 1 BehiG).

In Bezug auf Art. 2 Bst. b vertreten mehrere Vernehmlassungsteilnehmer die Meinung, zeitlich befristete Bauten sollten nicht in den Geltungsbereich der Verordnung fallen. Als Alternative schlagen einige vor, nur jene zeitlich befristeten Bauten zu erfassen, die für einen Zeitraum erstellt würden, der eine bestimmte Anzahl Tage (14 oder gar 30 Tage) überschreite. Im Gegensatz dazu sind die Organisationen aus dem Bereich der Behindertenhilfe der Ansicht, es sei unerlässlich, auch diese Art von Bauten zu erfassen, und die zeitliche Befristung der Anlage müsse bei der Interessenabwägung berücksichtigt werden. Schliesslich wünschen auch hier einige Vernehmlassungsteilnehmer eine Harmonisierung mit den Raumplanungsvorschriften.

Art. 2 Bst. d wird allgemein als unbefriedigend erachtet: Es sollte eine strikt objektbezogene Definition gefunden werden. In der gegenwärtigen Fassung könnte sich die Definition auch auf Teile von Bauten von geringerem Umfang beziehen (mit acht oder weniger Wohnungen wie Terrassen- oder Reihenhäuser).

Art. 2 Bst. e sollte ergänzt werden (Internet, Gastgewerbe).

Mehrere Teilnehmer sind der Ansicht, in Art. 2 sollte eine Definition der Gebäude mit Arbeitsplätzen aufgenommen werden. Für gewisse Situationen (wenn die Zahl der Arbeitsplätze, die das Gebäude enthalten wird, zum Zeitpunkt der Eingabe der Pläne noch nicht bekannt ist), schlagen sie vor, neben der möglichen Anzahl Arbeitsplätze auch die Fläche zu berücksichtigen. Mehrere Vernehmlassungsteilnehmer warnen hingegen vor einem derartigen System, da es Unternehmen be-

nachteilige, die mit sehr wenigen Arbeitskräften auf einer grossen Fläche tätig seien.

Art. 2 sollte ausserdem ergänzt werden, indem eine Definition des Begriffs Zugänglichkeit, insbesondere im Zusammenhang mit Bauten, aufgenommen werde. Nach Ansicht einiger sollte in dieser Definition klargestellt werden, dass der Begriff des Zugangs zu einer Baute auch deren Benutzbarkeit umfasse.

Einige Vernehmlassungsteilnehmer sind der Meinung, im Zusammenhang mit dem Angebot von Nebenleistungen könnten sich Probleme ergeben; diese sollten daher nicht unter die neuen Vorschriften fallen.

Schliesslich kritisieren die Organisationen aus dem Bereich der Behindertenhilfe die Definition des Begriffs Diskriminieren im Sinne des BehiG, da sie sie als sehr eng erachten.

2. Abschnitt: Eidgenössisches Büro für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (Art. 3 und 4)

Nach Ansicht einiger Vernehmlassungsteilnehmer ist der Aufgabenkatalog des künftigen Büros überdimensioniert oder nicht angemessen (Vorbereitung der Gesetzgebung, Beteiligung an den Arbeiten auf internationaler Ebene, Durchführung von Programmen und Pilotversuchen). Andere hingegen erachten diesen Katalog als angemessen. Er sollte in einigen Punkten ergänzt werden (Evaluation der Kosten der Massnahmen, Berücksichtigung des Grundsatzes der Zusammenarbeit mit den Organisationen aus dem Bereich der Behindertenhilfe).

3. Abschnitt: Rechtsansprüche und Verfahren (Art. 5 bis 7)

Im Zusammenhang mit Art. 5, der die Beschwerde- und Klageberechtigung der Behindertenorganisationen regelt, wünschen die Organisationen aus dem Bereich der Behindertenhilfe eine Definition des Begriffs Organisation von gesamtschweizerischer Bedeutung. Sie schlagen eine Liste mit 51 beschwerde- und klageberechtigten Organisationen vor.

Bemerkungen gingen jedoch vor allem zu Art. 6 ein: Abs. 1 wird als unnötig (bringt gegenüber dem Gesetz nichts Neues), unvollständig (sollte auch auf die Dienstleistungen Bezug nehmen und weitere Beurteilungskriterien vorbehalten) oder zu wenig klar erachtet (in Abs. 1 sollte genauer festgelegt werden, um welche Benutzer es sich handelt, die verschiedenen Elemente der Abwägung sollten quantifiziert werden). In Bezug auf Art. 2 verlangen zwei eidgenössische Kommissionen eine genauere Formulierung im Sinne der Zielsetzungen der Natur- und Heimatschutzvorschriften, einschliesslich der Denkmalpflege.

Auch zu Art. 7 gingen einige kritische Bemerkungen ein, da er verschiedene Fragen offen lasse (wie lässt sich zwischen behindertengerechten Anpassungen und Anpassungen unterscheiden, die auf erhöhten Komfort für alle Benutzer ausgerichtet sind, wie ist der Versicherungswert zu bestimmen, der auf Grund der unterschiedlichen Berechnungsarten von Kanton zu Kanton erheblich variieren kann).

Einige Vernehmlassungsteilnehmer äussern sich kritisch zu Abs. 2 oder lehnen diesen gar ab. Diese Bestimmung sieht im Fall einer Erneuerung vor, die Baukosten bei mehreren aufeinander folgenden Baugesuchen zu addieren. Damit soll verhindert werden, dass Erneuerungen einzig zur Umgehung des Gesetzes aufgeteilt werden. Nach Ansicht der Wirtschaftsverbände ist dieses Risiko sehr gering (eine Staffelung der Erneuerungen wäre mit höheren Kosten verbunden).

4. Abschnitt: Bauvorschriften des Bundes (Art. 8)

Zu dieser Bestimmung gingen kaum kritische Bemerkungen ein. Einzig eine Bundesanstalt verlangt, dass in der Bestimmung genau angegeben wird, innerhalb welcher Frist das erforderliche Konzept eingeführt werden muss, in dem die vorrangigen Erneuerungen im Hinblick eine möglichst rasche Anpassung der Bauten festzulegen sind (vgl. Abs. 2).

5. Abschnitt: Dienstleistungen des Bundes (Art. 9 bis 11)

Nach Ansicht einiger tragen die vorgesehenen Massnahmen dem Umstand zu wenig Rechnung, dass einige Personen auf Grund der Art ihrer Behinderung (zum Beispiel bei einer geistigen Behinderung) persönliche Unterstützung benötigen und dass in diesen Fällen technische Anpassungen nicht ausreichen. Die Organisationen, die im Bereich der Behindertenhilfe tätig sind oder auf Kommunikationstechniken, insbesondere für Menschen mit Seh-, Hör- und motorischen Behinderungen, spezialisiert sind, schlagen Anpassungen für Art. 11 vor, der sich auf die Dienstleistungen im Internet bezieht (Bezugnahme auf anerkannte nationale und internationale Standards, gemeinsame Richtlinien für die öffentlichen Dienstleistungsanbieter, regelmässige Anpassung dieser Richtlinien an den technischen Fortschritt, entsprechende Gestaltung der internen Netzwerke (Intranet), Verpflichtung zu Tests der Websites, Möglichkeit zur Delegation der Aufgaben an externe Stellen). Die Variante von Art. 11 (Übernahme von privaten Normen) stiess nur auf geringe Zustimmung.

6. Abschnitt: Massnahmen im Bereich des Bundespersonals (Art. 12 bis 15)

Nach Ansicht einiger Vertreter der politischen Rechten sollte der gesamte Abschnitt gestrichen werden. Art. 12, der sich auf die Stellenausschreibung bezieht, wurde von Vernehmlassungsteilnehmern unterschiedlichster Herkunft kritisiert. Die anderen Massnahmen (insbesondere die Einsetzung von paritätischen Kommissionen und deren Anhörung bei bestimmten Entlassungen) wurden sehr unterschiedlich aufgenommen. Aus Sicht der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände sind diese Massnahmen unangemessen, mit mehr Nachteilen als Vorteilen verbunden und könnten sich kontraproduktiv auswirken. Die Organisationen aus dem Bereich der Behindertenhilfe sowie ein Kanton sprechen sich hingegen für diese Massnahmen aus. Es gingen auch einige Vorschläge für die Optimierung der verschiedenen Instrumente ein (insbesondere Schaffung einer einzigen Kommission statt von Kommissionen für jeden Arbeitgeber).

7. Abschnitt: Finanzhilfen (Art. 16 bis 23)

Diese Bestimmungen wurden generell positiv aufgenommen. Die Kantone wiesen vor allem darauf hin, bei der Gewährung der Finanzhilfen müssten die Grundsätze der Reform des Finanzausgleichs und der Aufgabenverteilung zwischen Bund und Kantonen berücksichtigt werden und eine erneute Zersplitterung der Zuständigkeiten müsse verhindert werden. Einige Vernehmlassungsteilnehmer wünschen Ergänzungen und Klarstellungen (Koordinationsnorm in Bezug auf die Finanzhilfen, die von der IV ausgerichtet werden, genauere Umschreibung des Begriffs Eigenleistung, Erweiterung bestimmter massgebender Kriterien für die Programme) oder eine bessere Abstimmung auf die Erfordernisse der Praxis (flexiblere Fristen für die Einreichung der Gesuche, Einschränkung der finanziellen Entscheidungskompetenz des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen). Die Organisationen aus dem Bereich der Behindertenhilfe verlangen den Erlass einer Spezialbestimmung zur Umsetzung von Art. 14 Abs. 3 und 4 BehiG und schlagen eine ganze Reihe von Massnahmen vor, um die Integration von Menschen mit Sprach-, Hör- und Sehbehinderungen zu fördern (vgl. ad Art. 16).

8. Abschnitt: Schlussbestimmungen (Art. 25 und 26)

Einige wenige Bemerkungen gingen zur Anpassung des Urheberrechts (Anhang 2, Ziff. 4) ein. Sie wird allgemein positiv aufgenommen. Die im Verlauf des Vernehmlassungsverfahrens diskutierte Idee, nicht nur die Sprachwerke, sondern auch die Musikwerke der Bundesaufsicht zu unterstellen, wurde aufgegeben, da sie selbst von jenen Kreisen, die sie angeregt hatten, als unverhältnismässig beurteilt wurde. Ziffer 6 bezieht sich auf das Zugangsrecht zum Betriebs- und Unternehmensregister, das dem künftigen Büro für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen gewährt werden soll. Dazu hielt ein Wirtschaftsverband fest, dieses Recht dürfe nur innerhalb enger Grenzen und unter Beachtung des Datenschutzes ausgeübt werden.

V. Récapitulation des avis

Remarques générales

- Approuve de manière générale l'ensemble du projet et les mesures qu'il prévoit, notamment en matière de prestations de la Confédération et dans le domaine du personnel : JU
- N'a pas de remarques à formuler et approuve le projet: BE.
- N'a pas de remarque à formuler dans la mesure où les cantons ne sont pas directement visés : AI.
- Dans l'ensemble, le projet est jugé conforme à la loi (Union patronale suisse ; UPSA; viscom ; Swiss Retail Federation; GastroSuisse; USAM, sous réserve des art. 2, let. b, et 14).
- Regelung des 6. Abschnittes (Bundespersonal) darf keine Präjudizienwirkung für private Arbeitgeber haben (Union patronale suisse; viscom; Swiss Retail Federation ; GastroSuisse) ; il en va de même des sections 4 et 5 (GastroSuisse).
- In die Verordnung sollte eine Definition von Artikel 3 lit. d BehiG ("Gebäude mit mehr als 50 Arbeitsplätzen") aufgenommen werden: da zum Zeitpunkt der Eingabe für die Baubewilligung die Art der Nutzung einer Baute noch nicht genügend präzise festgelegt und die Anzahl der zukünftigen Arbeitsplätze nicht seriös feststellbar sind, müsste das Verfahren zur Ermittlung der Anzahl Arbeitsplätze präzisiert und definiert werden; evtl. wäre eine kombinierte Lösung (Mix zwischen Anzahl Arbeitsplätzen und Quadratmetern der Nutzungsfläche bzw. Geschlossfläche) sinnvoll (Schweizerische Fachstelle für behindertengerechtes Bauen; SIA; DOK; PS). Dans un sens comparable: GR.
- En ce qui concerne la définition des "bâtiments de plus de 50 places de travail", il n'est pas possible d'opérer avec un critère lié à la surface car, dans certaines entreprises, des surfaces importantes ne sont occupées que par quelques employés (viscom; USAM; Swiss Retail Federation).
- L'ordonnance devrait contenir une définition de la notion d'Internet, qui devrait aussi viser les réseaux internes tel qu'Intranet (art. 2, nouvelle lettre ebis : DOK; PS, "eCH"; à l'art. 11 : Fédération suisse des aveugles et malvoyants).
- L'ordonnance devrait préciser le délai dans lequel l'action civile subsidiaire en matière de constructions (art. 7, al. 1, let. b, LHand) peut être intentée (TG).
- In die Verordnung sollte eine Klärung des Begriffs „Zugang“, „Zugänglichkeit“ aufgenommen werden (GR) in dem Sinn, dass damit auch die „Benutzbarkeit“ gemeint ist (SIA; DOK; PS).
- L'ordonnance devrait déclarer la norme SN 521 500 applicable aussi aux constructions et installations ne relevant pas de la Confédération (VS).
- A la différence du domaine des transports publics, la loi ne prévoit pas de délais d'adaptation pour les autres domaines; l'ordonnance devrait trouver une solution appropriée pour cette question (La Poste suisse).
- Certaines dispositions du projet (art. 7 et 12) vont à fins contraires du but recherché et sont impraticables (PDC).
- En l'état, le projet doit être rejeté: il doit être fondamentalement retravaillé, en renonçant, en particulier, à la création d'une unité administrative nouvelle telle que celle prévue dans le projet (UDC).
- L'ordonnance contient encore trop de notions floues et d'imprécisions (AR).

- Les mesures dans le domaine des programmes de radio et de télévision doivent être réglées dans la législation spéciale et valoir pour tous les diffuseurs (SSR).

Titre de l'ordonnance

- Recourir à la notion de « personnes handicapées » et non de « handicapés » (JU).

Section 1: Dispositions générales

Art. 1 Objet

Généralités:

- La liste doit demeurer exhaustive (GastroSuisse).
- La disposition devrait être complétée pour annoncer que l'ordonnance définit certaines notions légales de la LHand (DOK, PS).

Let. b:

- L'ordonnance ne concrétisant pas les droits subjectifs mais seulement la procédure, il convient d'adapter cette lettre en ce sens (NE).

Art. 2 Définitions

Généralités:

Let. a:

- Bestimmung geht allgemein zu weit (Schweizerischer Gewerbeverband, Fédération romande immobilière).
- L'ordonnance ne devrait pas viser les autorisations de construire accordées en la forme simplifiée, car cela dépasserait le cadre fixé par le législateur (Fédération romande immobilière).
- La formulation de la disposition ainsi que le commentaire sont trompeurs, dans la mesure où ils laissent entendre que la notion de "constructions et installations" pourrait être différente (moins large) en droit cantonal ; or cette notion est déterminée par l'art. 22 de la loi sur l'aménagement du territoire (VD).
- La disposition proposée ne règle pas clairement le cas des démolitions (VD);
- On peut se demander s'il est opportun de définir la notion de rénovation dans l'ordonnance, dès lors que celle-ci ne dépend que du droit cantonal ou, pour le moins, il faudrait harmoniser les notions avec celles utilisées en droit de l'aménagement du territoire (NE).
- Il est raisonnable de prendre comme critère celui de l'autorisation cantonale de construire (UPSA).
- Es sollen unbedingt alle Arten von Baubewilligungen unter die Bestimmung fallen, v.a. weil das kantonale Recht sehr unterschiedlich ausgestaltet ist (Schweizerische Fachstelle für behindertengerechtes Bauen).
- Il convient de biffer le critère de l'importance de la rénovation ou du changement d'affectation car il restreint indûment le champ d'application de la loi,

alors même que celle-ci ne pose qu'une condition, à savoir que les travaux de rénovation soient soumis à autorisation (DOK; PS).

Let. b:

- On constate un élargissement de la notion de construction par rapport à la représentation qu'on en avait au moment de l'adoption de la loi par les chambres (USAM, GastroSuisse); biffer les constructions provisoires de la disposition (GastroSuisse).
- L'élargissement aux constructions et installations de nature provisoire n'est rationnellement pas justifié (Swiss Retail Federation).
- Zeitlich befristet errichtete Räume (Baracken, Container, Zelte etc.) sollen nur in den Anwendungsbereich der BehiV fallen, wenn sie für eine zu bestimmende Zeit (PDC), für mindestens 14 Tage (UPSA; USAM) bzw. für mindestens 30 Tage (Swiss Retail Federation) aufgestellt und genutzt werden.
- Vereinfachung der Formulierung unter Weglassung sachfremder Themen wie "Beeinträchtigung der Umwelt" (SIA; NE).
- Il est regrettable d'utiliser le vocable de l'art. 22 de la loi sur l'aménagement du territoire, tout en s'écartant de la définition matérielle de ladite disposition (VD).
- Les définitions selon la législation sur l'aménagement du territoire et celle sur l'égalité pour les handicapés doivent être cohérentes (NE).
- La définition est problématique (TG).
- Les constructions de nature provisoire entrent aussi dans le champ d'application de la loi et le critère de la durée de ces installations est un problème de proportionnalité dont il convient de tenir compte dans la pesée des intérêts prévue à l'art. 11 LHand (DOK; PS).
- La notion d'accès difficile au sens de l'art. 2, al. 3, LHand devrait être définie dans cette disposition (DOK; PS) ;
- La dispositions devrait aussi préciser que la notion d'accès inclut celle d'« utilisation »(DOK; PS; cf. aussi Remarques générales).

Let. c:

- Le texte devrait exprimer clairement qu'il s'agit de critères alternatifs et non cumulatifs (SIA).
- Es ist nicht sachgerecht, die SRG in Bezug auf die baulichen Massnahmen unter den Geltungsbereich der BehiV zu subsumieren (SRG).
- Il ne se justifie pas d'exclure du champ d'application les constructions militaires (DOK; PS).
- Le commentaire doit mentionner expressément les constructions et installations affectées à la restauration (VS).

Let. d:

- La disposition étend indûment le champ d'application de la loi, dans la mesure où elle pourrait s'appliquer à de petites constructions qui auraient 8 logements ou moins (HEV; Swiss Retail Federation).
- Es soll auf die einzelne Parzelle abgestellt werden, stehen mehrere Parzellen im selben Eigentum, sollen diese nicht addiert werden (Schweizerischer Gewerbeverband, Fédération romande immobilière).
- Eine strikt objektbezogene Gesetzesinterpretation anwenden (Swiss Retail Federation; Union patronale suisse) sonst wird eine krasse Ungleichbehandlung identischer Objekte gemacht (USAM; Fédération romande immobilière, PDC).

- Strikte, objektive Gesetzesinterpretation wählen, damit nicht zusammengebaute Gebäude dem Gesetz nicht unterstellt werden (PDC).
- Ni le critère de la mitoyenneté ni celui de l'appartenance à un même propriétaire ne sont appropriés; il serait préférable de donner une définition orientée sur le seul bâtiment ou partie de bâtiment, comprenant des unités destinées à la location et desservies par une cage d'escalier commune (NE).
- Il est correct de prendre comme référence les rapports de propriété (UPSA).

Let.d^{bis} (nouvelle):

- La notion de bâtiments de plus de 50 places de travail devrait être définie dans l'ordonnance ; propositions de formulation (SIA ; DOK; PS; cf. aussi Remarques générales).

Let. e:

- Betreffend Publikumsveranstaltungen sind Präzisierungen erwünscht (SRG wünscht dies insbesondere in Bezug auf Fernseh- und Radiostudios).
- Das Gastgewerbe sollte an dieser Stelle ebenfalls erwähnt werden (Pro Infirmis).
- Intranet erwähnen (Zugang für alle ; cf. aussi remarque ad let. e^{bis}, nouvelle, et Remarques générales).
- Les prestations annexes, qui accompagnent parfois l'offre de prestations destinées au public (cf. mise à disposition de toilettes dans des halles d'exposition), ne doivent pas entrer dans la notion de prestations destinées au public et échappent donc au champ d'application de l'OHand (UPSA).
- Cette définition est utile (DOK; PS).

Let. e^{bis} (nouvelle):

- La notion d'Internet doit être définie dans l'ordonnance (DOK; PS; eCH; cf. aussi Remarques générales).

Let. f:

- Die Formulierung, dass eine Ungleichbehandlung "*besonders krass*" sein muss, um effektiv als diskriminierend zu gelten, erscheint als zu restriktiv (Pro Infirmis; DOK; PS).
- La définition, fondée sur la jurisprudence du Tribunal fédéral, est appropriée (UPSA).
- La définition ne devrait en aucun cas être élargie (USAM; Union patronale suisse ; GastroSuisse).

Section 2: Bureau fédéral de l'égalité pour les personnes handicapées

Art. 3 Tâches

Al. 1:

- L'expression "toute forme de discrimination de droit ou de fait" est excessive (AR; Union patronale suisse).

Al. 2:

Généralités :

- Die Aufgaben des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen werden als angemessen und sachgerecht begrüsst (BS; DOK; PS).
- Le principe de la collaboration avec les organisations de personnes handicapées devrait être expressément ancré dans le projet (GR; DOK; PS), en particulier en ce qui concerne les activités de conseil des particuliers (VS).
- Tel qu'il est formulé, cet alinéa semble donner un mandat impératif, aussi faudrait-il prévoir la forme potestative (viscom ; GastroSuisse).
- Le catalogue des tâches doit être exhaustif (UDC).
- Die Aufgaben sollen eingeschränkt werden, der Aufgabenkatalog ist jetzt viel zu ausführlich, "Luxuslösung", und geht weit über den in Art. 19 BehiG beschriebenen Auftrag (Union patronale suisse; UDC; USAM ; dans le même sens, GastroSuisse).
- Synergien nutzen, Zusammenarbeit mit bestehenden Fachstellen und dem Eidg. Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann (UDC).
- Il faudrait ajouter à la liste la tâche d'examiner les coûts engendrés par les mesures (GR) .

Let. a :

- L'activité de conseil doit être limitée aux autorités, les organisations de personnes handicapées étant déjà subventionnées par la Confédération pour conseiller les particuliers (UDC);
- Cette disposition doit être biffée car elle dépasse le mandat de l'art. 19 LHand; de plus, elle crée des risques de double emploi avec les activités de l'assurance-invalidité (Union patronale suisse).

Let. c :

- L'unité administrative ne doit pas conduire elle-même des projets pilotes, mais se contenter de les subventionner (UDC; dans le même sens, Union patronale suisse ; GastroSuisse).
- Il faudrait aussi renvoyer à l'art. 68quater de la loi sur l'assurance-invalidité, qui, lui aussi, prévoit des projets pilotes en ce domaine (TG).

Let. d :

- L'étude scientifique des questions de politique d'égalité ne relève pas de l'Etat (AR; Union patronale suisse).

Let. e

- Cette lettre doit être biffée, car elle est superflue (UDC) ou contraire au principe étatique (PDC).
- Cette tâche est particulièrement importante car les organisations d'aide aux personnes handicapées ne sont pas en mesure de la remplir (DOK; PS).

Al. 3:

- Cette disposition dépasse le cadre de l'art. 19 LHand, lequel n'attribue aucune tâche de préparation de la législation au Bureau (Fédération romande immobilière).
- Erlasse im Behindertenbereich sollen nicht durch das Büro vorbereitet werden (PDC), nur Mitwirkung des Büros (USAM; UDC; Swiss Retail Federation; Union patronale suisse ; GastroSuisse).

Art. 4 Organisation

Un rattachement au Secrétariat général du Département fédéral de l'intérieur plutôt qu'à l'Office fédéral des assurances sociales est approprié, dès lors que la LHand consacre une autre approche du handicap que celle pratiquée dans le cadre de l'assurance-invalidité (DOK; PS).

Section 3: Droits subjectifs et procédure

Le titre est inapproprié, dès lors que cette section ne fait que préciser des règles de procédure et non les droit subjectifs (NE).

Art. 5 Organisations reconnues

- Il est regrettable que les organisations reconnues ne soient pas encore désignées (TG)
- La disposition devrait préciser la notion légale d'"organisation d'importance nationale" dans la mesure où celle-ci comprend aussi, selon les circonstances, les organisations ancrées au niveau régional linguistique (DOK; PS).
- Dok propose la reconnaissance de 51 organisations qualifiées pour agir ou pour recourir. Voir aussi ad annexe 1.

Art. 6 Pesée des intérêts

Généralités:

- La disposition devrait être précisée (quantification des différents éléments de la pesée); en l'état, elle laisse une trop large marge d'interprétation, qui pourrait conduire à l'arbitraire (TI).

Al. 1:

- La disposition doit être biffée, car elle est inutile, dès lors qu'elle n'apporte pas d'élément nouveau par rapport à l'art. 11, al. 1, LHand, et qu'elle est même inappropriée, dans la mesure où elle se limite aux constructions et installations alors que les prestations tombent aussi sous le coup de l'art. 11, al. 1, LHand (DOK; PS).
- Weitere Kriterien, wie beispielsweise die geografische Lage, sind in die Interessenabwägung ebenfalls einzubeziehen, was durch die Ergänzung mit „insbesondere“ verdeutlicht werden sollte (DOK) et préciser qu'il s'agit de critères alternatifs (DOK; PS).
- Anzahl Benutzer(innen) sollte überhaupt kein Kriterium sein (Schweizerische Fachstelle für behindertengerechtes Bauen).
- Il serait souhaitable d'introduire comme critère de pondération le fait qu'une construction est faite d'une manière définitive ou provisoire (VD).
- L'application de cet article laissant beaucoup de liberté aux autorités cantonales, il serait très utile d'établir une "banque de données" pour la jurisprudence relative à la loi fédérale sur les handicapés (JU).
- Il convient, dans la pesée des intérêts, de ne pas prendre en considération seulement l'intérêt d'une construction au regard des personnes handicapées mais aussi l'utilité, pour elles, de l'adaptation (UPSA).

Let. a:

- Sowohl in Ziff. 1 wie in Ziff. 2 soll bei der Zahl auf die effektiven und nicht auf die theoretisch möglichen Benutzer(innen) mit Behinderungen abgestellt werden (GastroSuisse).
- Il faudrait une définition plus claire du nombre des utilisateurs (Fédération romande immobilière).
- In Ziff.2 ist die Bedeutung für Menschen mit einer Behinderung zu erwähnen (DOK; PS).

Al. 2

Généralités:

- Dans les cas où des atteintes à des constructions et installations dignes de protection sont en discussion, les organes fédéraux et cantonaux compétents en matière de protection du paysage, de la nature, des monuments et des sites doivent être associés à la procédure (Commission fédérale pour la protection de la nature et du paysage).

Let. a:

- Compléter la norme en ajoutant que l'importance de la construction ou de l'installation se mesure par rapport à son environnement immédiat (Commission fédérale des monuments historiques).
- Préciser que l'importance de la construction ou de l'installation doit être évaluée non seulement sous l'angle de l'intérêt national mais aussi sous celui de l'intérêt régional et local (Commission fédérale pour la protection de la nature et du paysage).

Let. b, chif. 2:

- Changer l'ordre de l'énumération, dès lors que l'objectif majeur de la protection des monuments est le maintien de la substance des objets, puis celui de sa structure et enfin celui de son aspect (Commission fédérale des monuments historiques).

Art. 7 Frais déterminants

Généralités:

- Praxisfremd (PDC).
- La notion d'"accès aux constructions" prévue à l'art. 12, al. 1, LHand doit être précisée dans ce contexte (GR). Voir aussi les Remarques générales.

Al. 1:

- Voraussichtliche Baukosten „ohne besondere Massnahmen für Behinderte“ dürften schwierig abzuschätzen sein: Wie werden solche „besonderen Massnahmen für Behinderte“ von Massnahmen zur allgemeinen Erhöhung des Komforts, wie z.B. Lifte, grosszügige Räume für Bad und WC, etc. abgegrenzt (DOK; PS)?

Al. 2:

- La disposition doit être biffée, car il n'y a pas de risque réel qu'une construction soit échelonnée dans le temps aux seules fins de contourner la loi (USAM; HEV; Swiss Retail Federation; Union patronale suisse; GastroSuisse) et elle est impraticable (HEV; Swiss Retail Federation).
- Werden innert zwei Jahre mehrere Baubewilligungen zur gleichen Baute eingereicht, sollen die Bausummen nicht addiert werden (HEV) ; dans l'hypothèse où

la disposition serait néanmoins maintenue, il faudrait, pour le moins, réduire le délai à 1 an (HEV).

- Les coûts de construction ne doivent être additionnés que si, à l'occasion de chacune des requêtes, la limite déterminante pour l'obligation de procéder à des adaptations est atteinte de manière indépendante dans chacun des cas (La Poste suisse).
- La disposition est appropriée (DOK; PS).

Al. 2 et 3:

- Für die Berechnung der Erneuerungskosten im Sinne von Artikel 12 Absatz 1 BehiG sollen nur diejenigen Bauteile ins Gewicht fallen, die öffentlich zugänglich sind (SIA).

Al. 3:

- Das Abstellen auf den Gebäudeversicherungswert für die Bestimmung des Wertes einer Anlage im Sinne von Artikel 12 Absatz 1 BehiG ist problematisch, weil einzelne Kantone keine obligatorische Gebäudeversicherung kennen; zwar sollte es in allen Kantonen möglich sein im Fall wo dieser Wert für eine Beurteilung benötigt wird, eine entsprechende Schätzung durch einen Gebäude-Versicherungs-Experten vornehmen zu lassen, aber es ist nicht sicher, ob die Prämissen für solche Schätzungen in allen Kantonen gleich sind oder ob den Schätzungen in verschiedenen Kantonen z.T. andere Berechnungsweisen für die Raum-Volumina, etc. zugrunde gelegt werden (SIA; DOK; PS).
- Cette disposition est inapplicable en l'état, dans la mesure où la notion de valeur d'assurance du bâtiment n'existe pas en droit genevois; mais d'autres règles du droit cantonal et de la pratique correspondante (art. 109, al. 2 et 4, de la loi sur les constructions et installations diverses) permettent de respecter la présente norme fédérale (GE).
- La Fédération romande immobilière rappelle que la valeur d'assurance est une notion inadéquate, car elle ne correspond pas nécessairement à la valeur réelle du bâtiment (volonté de bien s'assurer ou non) et qu'elle est susceptible de varier substantiellement d'un canton à l'autre en fonction du type d'assurance pratiquée (obligatoire ou facultative).

Section 4: Prescriptions en matière de constructions de la Confédération

Art. 8 Normes techniques déterminantes

Al.1:

- Selbständige und öffentlich-rechtliche Anstalten sollten nicht nur in den Erläuterungen, sondern auch in der BehiV erscheinen (La Poste suisse).

Al. 2:

- L'ordonnance devrait fixer un délai pour l'établissement du concept requis (La Poste suisse).

Section 5: Prestations de la Confédération

Généralités :

Ces dispositions sont bienvenues et pourront servir de modèles, en particulier la réglementation concernant Internet (JU).

Art. 9 Prestations en général

Généralités :

- Die Bestimmung legt zu viel Gewicht auf "technische" Dienstleistungen; es sollten mit Blick auf geistig und psychisch Behinderte auch "persönliche" Dienstleistungen (Hilfestellung durch Personen) einbezogen werden, der Text sollte entsprechend umformuliert werden (BL).
- Es braucht "technische" wie auch "persönliche" Dienstleistungen (DOK; SZ).

Al. 1:

- Die Formulierung des Betriebes eines *Kundenschalters* ist zu einschränkend, es geht um *Kundenverkehr* im allgemeinen (SIA; DOK; PS).
- Ajouter l'obligation de prendre des mesures personnelles (BL ; cf. aussi ad Généralités).
- Selbständige und öffentlich-rechtliche Anstalten sollten in der BehIV erscheinen (La Poste suisse).

Al. 2:

- La disposition doit être complétée de manière à préciser que l'adaptation des guichets et automates n'est requise qu'à l'occasion d'une construction nouvelle ou d'une rénovation (La Poste suisse).

Art. 10 Mesures spéciales pour les personnes handicapées de la parole, de l'ouïe ou de la vue

- Es werden nicht alle Arten von Behinderungen erfasst, es sollten auch feinmotorisch und sensorisch Behinderte miteinbezogen werden, z.B. ist ein "touch screen" für eine Person ohne Hände ungeeignet (Zugang für alle; DOK; PS).
- La disposition va trop loin (AR).

Art. 11 Prestations sur Internet

Généralités

- Die Bestimmung ist zu technisch formuliert, es sollte mehr der Kommunikationsaspekt im Vordergrund stehen, die Tauglichkeit der getroffenen Massnahmen sollte von den behinderten Personen selber getestet werden, es sollte eine Anlaufstelle für die Beanstandung von Mängeln geben (Zugang für alle)
- Die Begriffe Internet und Intranet müssten erklärt werden. Beide sollten erfasst werden. Periodische Tests sowie die Konformität mit internationalen Normen sind sicherzustellen (Fédération suisse des aveugles et malvoyants; voir aussi Remarques générales).
- Il est approprié de mentionner explicitement dans l'ordonnance les standards minimaux (GR)
- Les 3 derniers critères énoncés à l'al. 1, phrase 2 (benutzerfreundlich, verständlich, zuverlässig) sont très exigeants et auront des conséquences coûteuses (AR).

Al. 1:

- Il faut ajouter les personnes handicapées de la motricité (DOK; PS; eCH).
- Il est proposé de mentionner expressément les Directives WCAG (WEB Content Accessibility Guidelines; Fédération suisse des aveugles et malvoyants; DOK; PS; eCH).

Al. 2:

- Il est proposé de préciser que les directives doivent être établies de manière centralisée par le Conseil de l'informatique ou un organe désigné par celui-ci (DOK;PS; eCH), en collaboration avec les organisations d'aide aux personnes handicapées spécialisées en matière d'informatique et de communication, tandis que la mise en oeuvre concrète serait décentralisée (DOK; PS; eCH; dans un sens très proche: Fédération suisse des aveugles et malvoyants).
- Il est proposé de préciser que les directives doivent être adaptées périodiquement aux progrès techniques (DOK; PS; Fédération suisse des aveugles et malvoyants, eCH).

Al. 5 (nouveau):

- Il est proposé d'introduire l'obligation de faire tester tous les 2 ans, par des personnes concernées, les sites Internet; à cet effet, les services responsables pourraient charger un organe externe de mettre sur pied les tests et d'y procéder (Fédération suisse des aveugles et malvoyants; DOK; PS; eCH).

Variante de l'art. 11

- Est favorable à la variante: VS.
- S'opposent expressément à la variante notamment pour des raisons de sécurité juridique: USAM; PDC; SRG; Union patronale suisse, GastroSuisse.

Section 6: Mesures dans le domaine du personnel de la Confédération

Généralités :

- Ces dispositions sont bienvenues et pourront servir de modèles (JU).
- L'ensemble de la section 6 (art. 12 à 15) devrait être biffée (UDC; viscom), car difficilement praticable (Swiss Retail Federation) ou revue fondamentalement (Union patronale suisse).

Art. 12 Mise au concours

- Cette disposition devrait être biffée car elle n'est pas praticable : es ist kaum möglich im Vorfeld alle Behinderungen aufzuzählen, für welche eine ausgeschriebene Stelle nicht geeignet wäre (Schweizerische Post, Union patronale suisse, pro audito schweiz, Zentrum für Selbstbestimmtes Leben, SZ; VD; viscom; UDC; PDC; DOK; PS).
- Bestimmung ist reine Theorie und gefährliches Experiment (Union patronale suisse).

- Bestimmung könnte dazu führen, dass Arbeitgeber von vornherein und ohne Prüfung (z.B. Unterstützungsmaßnahmen der IV) Arbeitsstellen für Behinderte als ungeeignet bezeichnen würden (DOK).
- Wichtig ist v.a. eine gute Information über die vorhandenen Stellenangebote (Zugang für alle).
- Si la disposition devait être maintenue, il conviendrait de la limiter aux personnes physiquement handicapées, voire de ne prévoir l'obligation d'annonce que dans les cas où un emploi ne serait pas compatible avec un handicap physique (La Poste suisse).

Art. 13 Motivation d'un refus d'embauche

Généralités

- Bestimmung ist sinnvoll, weil durch eine kurze Begründung die Nicht-Anstellung auf Diskriminierung überprüft werden kann (DOK; PS).
- Contraire à la liberté contractuelle (UDC).
- Il ne convient pas d'imposer à l'employeur l'obligation de motiver un refus d'embauche; c'est à l'employé d'agir (viscom).
- La disposition doit être biffée, car il n'est pas défendable de prévoir une exigence de motivation pour les seules personnes handicapées (GR).
- La disposition doit être biffée, car elle est inéquitable, impraticable et pourrait aller à fin contraire du but visé (Union patronale suisse).

Al. 1

- Cette disposition est inutile et disproportionnée: il ne convient pas que l'employeur ait des devoirs avant même que ne soient créés des rapports de travail (Union patronale suisse).

Al. 2:

- Eine Erläuterung des Arbeitgebers über die Auswirkung der Behinderung auf das Auswahlverfahren ist überflüssig und nicht umsetzbar (viscom; dans le même sens, Union patronale suisse).
- Peut être biffée car l'idée est déjà contenue dans l'al. 1 (DOK).

Art. 14 Institution d'une commission paritaire

- Cette disposition doit être biffée, car la création d'une commission paritaire n'est pas prévue par la loi (USAM ; GastroSuisse).
- Schaffung einer paritätischen Kommission ist unnötig, es sollten bestehende Einrichtungen genutzt werden, z.B. gemischte Arbeitnehmer-/ Arbeitgebervertretungen (Personalkommission des Bundes: PDC; dans un sens comparable: Union patronale suisse).
- Cette disposition doit être biffée : Einbezug einer solchen Kommission würde zu einer erheblichen Verfahrensverlängerung führen et ferait double emploi avec des institutions déjà existantes (viscom; La Poste suisse).
- Behindertenorganisationen wollen Kündigungen nicht verunmöglichen, sonst werden keine Behinderten mehr eingestellt (Zentrum für Selbstbestimmtes Leben).

- Schaffung einer paritätischen Kommission ist eine gute Idee, mais peut-être serait-il préférable de ne prévoir qu'une seule commission pour l'ensemble des employeurs (DOK; PS).

Art. 15 Saisine et tâches de la commission paritaire

Corrélativement aux avis exprimés à propos de l'art. 14, cette disposition doit être biffée (Voir les remarques ad art. 14).

Al. 1 et 2:

- Ces tâches peuvent être assumées par les associations du personnel (viscom).

Al. 3 et 4:

- Cette procédure est appropriée car elle vise à trouver des solutions consensuelles (DOK; PS).
- Cette procédure spéciale est discriminatoire à l'égard des autres employés, car elle rallonge la procédure seulement en faveur des personnes handicapées (viscom).
- L'al. 3 risque d'aller à fin contraire des effets recherchés (renonciation à engager une personne handicapée) et comporte aussi le risque d'être étendu ultérieurement aux relations entre particuliers (USAM; Union patronale suisse ; dans un sens comparable GastroSuisse).
- Si la disposition devait être maintenue, il faudrait, pour le moins, revoir l'al. 3, voire le limiter aux cas de résiliations des rapports de travail au sens de l'art. 12, al. 6, let. c , de la loi sur le personnel de la Confédération (défaut d'aptitude ou de capacité suffisante). Une autre adaptation nécessaire serait de fixer un délai de 10 jours pour la saisine de la commission ainsi qu'un délai maximal pour la remise du rapport de la commission (La Poste suisse).

Section 7: Aides financières

Généralités:

- Globalement, les dispositions sont adéquates (JU); dans le même sens, GR, pour qui toutefois certains points demeurent peu clairs : sous quelle forme lancer des projets communs Confédération, canton, communes ? quel est le volume des moyens financiers disponibles ? quelle forme de participation possible pour les cantons et les communes ?
- Le cadre financier fixé par la Confédération est trop étroit (JU).
- Les aides financières fédérales ne doivent pas être conçues comme des aides de départ et elles doivent être aménagées de manière conformes aux principes de la réforme de la péréquation financière et de la répartition des tâches entre la Confédération et les cantons (GR).
- La section 7 devrait être complétée par une norme de coordination, qui réglerait les priorités ou les rapports avec les aides financières accordées en vertu des art. 73 et 74 de la loi sur l'assurance-invalidité (BL; dans le même sens, AR).

Art. 16 Programmes en faveur de l'intégration des personnes handicapées

Généralités :

- Il est proposé d'ajouter une disposition spécifique réglant les aides financières accordées aux cantons ou aux organisations d'aide aux personnes handicapées, octroyées en vertu de l'art. 14, al. 3 et 4, LHand pour soutenir l'intégration des personnes handicapées de la parole, de l'ouïe ou de la vue : mesures visant à améliorer la compréhension et les échanges, la diffusion de la langue des signes, l'accès aux moyens de communications modernes, l'accès aux informations fournies par des particuliers, la formation et la mise à disposition d'interprètes, le développement de moyens auxiliaires, l'adaptation de programmes télévisés moyennant un sous-titrage, une traduction en langage des signes ou une "audio-description" (Fédération suisse des aveugles et malvoyants; DOK).
- Il convient d'ajouter, dans la parenthèse du titre, le renvoi à l'art. 14 (DOK; PS).
- Les critères sont adéquats; il faudrait toutefois y ajouter celui d'une répartition équilibrée des aides entre les différents cantons et régions (TG).

Al. 3:

- Formulierung sollte verständlicher sein (SZ).

Art. 17 Projets pilotes destinés à favoriser l'intégration professionnelle

Titre:

- Ajouter un renvoi à l'art. 68quater de la loi sur l'assurance-invalidité (TG).

Al. 1:

Let. a:

- Elargir la disposition aux projets qui ont pour but de maintenir dans un emploi une personne menacée de handicap (BL).

Let. b :

- La notion "entreprises ordinaires" ("Normalbetriebe") n'est pas claire (GE).
- Prévoir, à l'image de ce que fait l'art. 16, al. 2, let. b et c, des aides en relation avec le travail d'évaluation des programmes existants et le travail de sensibilisation (DOK; PS).

Art. 18 Contribution propre

- Condition adéquate (TG).
- Nennung der Kantone bei den "zumutbaren Eigenleistungen" soll gestrichen werden, könnte sonst die Zuständigkeiten zwischen Bund und Kantonen verwischt werden, es sollte nur die Trägerschaft genannt werden (BL).
- Der Begriff "zumutbare" Eigenleistungen ist zu vage, besser mit Pauschalen arbeiten, Vorschlag: 70% (Bund) und 30% (private Träger) (BL).
- Préciser les termes, trop vagues, de "contribution qu'on peut attendre [des cantons] compte tenu de la situation économique" (NE).

- Compte tenu du programme d'allégement des finances de la Confédération, on peut craindre que, en vertu de l'art. 21, al. 1, OHand (limite des crédits disponibles), les aides prévues au sens de la LHand seront très réduites, en dépit du fait que les cantons feraient leur part (TI).

Art. 19 Dépôt des requêtes

- Un délai annuel fixe pour le dépôt des requêtes semble trop rigide, une certaine souplesse au niveau des délais serait souhaitable (GE).
- Un budget d' un million de francs (information orale de l'Office fédéral des assurances sociales) pour les aides financières consacrées aux projets pour les handicapés paraît "misérable" pour un Etat comme la Suisse (JU).

Art. 20 Examen des requêtes

Pas de remarques.

Art. 21 Fixation du montant des aides financières

Pas de remarques.

Art. 22 Décision

- Das Büro hat eine viel zu hohe Entscheidkompetenz über die Gewährung von Finanzhilfen (200'000 Franken) (Union patronale suisse; GastroSuisse); muss bis zu 20 000 Franken reduziert werden (UDC).
- Die Nennung von Frankenbeträgen in einem Erlass wird als störend empfunden (SZ).

Art. 23 Supervision et établissement du rapport

Pas de remarques.

Art. 24 Evaluation du projet

Pas de remarques.

Section 8: Dispositions finales

Art. 25 Modification du droit en vigueur

Voir remarque ad annexe 2 Ohand.

Art. 26 Entrée en vigueur

Pas de remarques.

Annexes de l'OHand

Annexe 1: Liste des organisations qualifiées pour agir et pour recourir

- Sprachregional tätige Behindertenorganisationen sollten auch als Organisationen von "*gesamtschweizerischer Bedeutung*" im Sinne von Artikel 9 Abs. 1 anerkannt werden (Zentrum für Selbstbestimmtes Leben). Voir aussi ad art. 5.
- Les organisations locales devraient aussi disposer de la qualité pour agir et recourir (JU). Voir aussi ad art. 5.
- DOK propose la reconnaissance de 51 organisations qualifiées pour agir ou pour recourir.

Annexe 2: Modification du droit en vigueur

Chiffres 1 à 3

Pas de remarques.

Chiffre 4 Ordonnance du 26 avril 1993 sur le droit d'auteur

- Die Transkription von Sprachwerken und Musiknoten in die Blindenschrift ist sehr erwünscht (Fédération suisse des aveugles et malvoyants);
- Die Unterstellung der graphischen Werke der Musik unter Bundesaufsicht würde mehr administrative Umtriebe schaffen als abschaffen und scheint daher unverhältnismässig; darum könnte vorläufig darauf verzichtet werden (Schweizerische Bibliothek für Blinde und Sehbehinderte).
- Auf ausländische Verleger findet die Regelung keine Anwendung (ProLitteris; Suisa; viscom).
- Die Bundesaufsicht soll nicht auf die Verwaltung von Rechten zur Uebertragung von Musiknoten in Blindenschrift ausgedehnt werden, da dieses System unpraktisch ist und zu hohe Verwaltungskosten für kleine Repertoire sowie Schwierigkeiten für ausländische Verleger auslösen würde; darum sind die Wörter "und graphischen Aufzeichnung von Musik" zu streichen (Suisa).
- Pour des raisons liées à la systématique de l'ordonnance, la nouvelle disposition devrait figurer à la suite du chapitre 2 actuel, car elle met en œuvre des principes matériels (Commission arbitrale fédérale pour la gestion de droits d'auteur et de droits voisins).

Chiffre 5

Pas de remarques.

Chiffre 6

Zugriff nur für unumgängliche Abklärungen, nicht aber für eigene Recherchen des Büros (GastroSuisse).

**Verordnung
über die Gleichstellung der Menschen mit Behinderungen**

(Behindertengleichstellungsverordnung, BehiV)

Entwurf vom 22.08.2003

vom ...

Der Schweizerische Bundesrat,

in Ausführung des Behindertengleichstellungsgesetzes vom 13. Dezember 2002¹ (BehiG),
verordnet:

VI. 1. Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Gegenstand

Diese Verordnung regelt:

- a. die Schaffung und Organisation des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen;
- b. die Rechtsansprüche und das Verfahren nach den Artikeln 7-12 BehiG;
- c. die behindertengerechte Erstellung oder Erneuerung von Bauten und Anlagen, die im Eigentum des Bundes stehen oder von ihm mitfinanziert werden;
- d. die behindertengerechte Ausgestaltung von Dienstleistungen des Bundes;
- e. die Massnahmen des Bundes als Arbeitgeber zu Gunsten seiner Angestellten mit Behinderungen;
- f. die Ausrichtung von Finanzhilfen.

Art. 2 Begriffe

Die folgenden Ausdrücke bedeuten:

- a. *Bau und Erneuerung (Art. 3 Bst. a, c und d BehiG)*: Die Erstellung und die wesentliche Änderung, einschliesslich der wesentlichen Zweckänderung von Bauten und Anlagen, soweit sie nach kantonalem Recht einer Bewilligung im ordentlichen oder vereinfachten Verfahren bedürfen;
- b. *Bauten und Anlagen (Art. 3 Bst. a BehiG)*: zeitlich befristet errichtete Räume wie Baracken, Container, Zelte und dergleichen sowie künstlich geschaffene und auf Dauer angelegte Einrichtungen, die in fester Beziehung zum Erdboden stehen und den Raum äusserlich erheblich verändern, die Erschliessung belasten oder die Umwelt beeinträchtigen, insbesondere Gebäude;
- c. *öffentlich zugängliche Bauten und Anlagen (Art. 3 Bst. a BehiG)*: Bauten und Anlagen, die ganz oder teilweise:
 1. einem beliebigen Personenkreis offenstehen;
 2. der Erbringung persönlicher Dienstleistungen eines in der Baute oder Anlage tätigen Dienstleistungsanbieters dienen;
 3. einem bekannten grösseren Personenkreis offenstehen, der in einem besonderen Rechtsverhältnis zu Gemeinwesen oder zu Dienstleistungsanbietern steht, welche in der Baute oder Anlage tätig ist. Ausgenommen sind Bauten und Anlagen, die zur militärischen Kampf- und Führungsinfrastruktur der Armee gehören;
- d. *Wohngebäude (Art. 3 Bst. c BehiG)*: ein Gebäude oder zusammengebaute Gebäudeteile mit Wohnungen, die derselben Eigentümerin oder demselben Eigentümer gehören;
- e. *Dienstleistungen (Art. 3 Bst. e BehiG)*: Angebote, die insbesondere:
 1. Wissen und Können zur Verfügung stellen;
 2. Publikumsveranstaltungen durchführen;
 3. Räume und Einrichtungen bereitstellen;
 4. Material ausleihen;
 5. Verträge vermitteln;
 6. Behandlungen zum Gegenstand haben, die der Therapie, der Körperpflege oder dem Wohlbefinden dienen;
- f. *Diskriminieren (Art. 6 und 8 Abs. 3 BehiG)*: Behinderte besonders krass unterschiedlich und benachteiligend behandeln mit dem Ziel oder der Folge, Behinderte herabzuwürdigen oder auszugrenzen;
- g. *Behindertenorganisation (Art. 9 Abs. 1 BehiG)*: Eine Organisation mit eigener Rechtspersönlichkeit, die sich nach ihrem statutarischen Zweck hauptsächlich für die besonderen Belange der Behinderten einsetzt;

¹ SR 151.3

- h. *Arbeitgeber (Art. 13 BehiG)*: die Behörden und Institutionen im Sinne von Artikel 3 des Bundespersonalgesetzes vom 24. März 2000² (BPG) und Artikel 2 Absatz 1 der Rahmenverordnung BPG vom 20. Dezember 2000³.

VII. 2. Abschnitt: Eidgenössisches Büro für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen

Art. 3 Aufgaben (Art. 19 BehiG)

¹ Das eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (Behindertengleichstellungsbüro, BüGle) ist zuständig für alle Bundesaufgaben im Zusammenhang mit der Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen, soweit sie nicht von anderen besonderen Fachstellen der Bundesverwaltung wahrgenommen werden müssen. Es sorgt für die Koordination der Tätigkeiten dieser Stellen, fördert die Gleichstellung behinderter mit nicht behinderten Menschen im öffentlichen Raum und setzt sich für die Beseitigung jeglicher Form rechtlicher oder tatsächlicher Benachteiligungen ein.

² Zu diesem Zweck nimmt es insbesondere folgende Aufgaben wahr:

- a. allgemeine Information und Dokumentation sowie Beratung von Privatpersonen und Behörden;
- b. Prüfung von Gesuchen um Finanzhilfen für Programme und Kampagnen nach den Artikeln 16 und 18 BehiG und Überwachung der Durchführung entsprechender Projekte;
- c. Durchführung oder Unterstützung von Pilotversuchen nach Artikel 17 BehiG;
- d. wissenschaftliche Bearbeitung gleichstellungspolitischer Fragen;
- e. Mitarbeit in internationalen Gremien;
- f. periodische Berichterstattung an das Eidgenössische Departement des Innern (Departement) über seine Tätigkeit sowie über die Ergebnisse seiner Wirkungsüberprüfung nach Artikel 18 Absatz 3 BehiG;
- g. Prüfung der Beschwerde- und Klageberechtigung von Behindertenorganisationen.

³ Es bereitet die Gesetzgebung sowie Berichte und andere Regierungstätigkeiten im Bereich der Gleichstellung Behinderter vor. Es äussert sich zu andern Gesetzgebungsvorhaben und Massnahmen des Bundes, welche die Frage der Gleichstellung der Behinderten besonders betreffen.

⁴ Das eidgenössische Personalamt koordiniert die Umsetzung der betrieblichen Gleichstellung von Behinderten in der zentralen Bundesverwaltung.

⁵ Das Bundesamt für Verkehr ist zuständig für die Erfüllung der Aufgaben gemäss der Verordnung über die behindertengerechte Gestaltung des öffentlichen Verkehrs vom ... ⁴

Art. 4 Organisation

Das Behindertengleichstellungsbüro wird dem Generalsekretariat des Eidgenössischen Departement des Innern untergeordnet.

VIII. 3. Abschnitt: Rechtsansprüche und Verfahren

Art. 5 Anerkannte Organisationen (Art. 9 BehiG)

¹ Beschwerde- und klageberechtigt nach Artikel 9 Absatz 2 BehiG sind die im Anhang 1 aufgeführten Behindertenorganisationen (anerkannte Organisationen).

² Gesuche um Anerkennung als beschwerde- und klageberechtigte Organisation sind dem Behindertengleichstellungsbüro einzureichen.

³ Ändern beschwerde- und klageberechtigte Organisationen ihren statutarischen Zweck, ihre Rechtsform oder ihre Bezeichnung, so müssen sie dies dem Behindertengleichstellungsbüro unverzüglich mitteilen.

⁴ Das Behindertengleichstellungsbüro kontrolliert periodisch, ob die beschwerdeberechtigten Organisationen die Voraussetzungen für das Beschwerde- oder Klagerecht erfüllen. Stellt es fest, dass eine Organisation diesen nicht mehr genügt, so beantragt das Departement dem Bundesrat, den Anhang 1 entsprechend zu ändern.

Art. 6 Abwägung der Interessen (Art. 11 Abs. 1 BehiG)

¹ Zur Beurteilung der Frage, ob die baulichen Anpassungen zu Gunsten der Behinderten verhältnismässig sind, muss in der Interessenabwägung im Sinne von Artikel 11 Absatz 1 BehiG berücksichtigt werden:

- a. die Zahl der Benützerinnen und Benützer;
- b. die Bedeutung der Baute oder Anlage für die Benützerinnen und Benützer.

² SR 172.220.1

³ SR 172.220.11

⁴ SR

² Sind die Interessen der Behinderten gegen jene des Umweltschutzes, des Naturschutzes, des Heimatschutzes oder der Denkmalpflege abzuwägen (Art. 11 Abs. 1 Bst. b BehiG), so sind einzubeziehen:

- a. die Bedeutung der Baute oder Anlage aus der Sicht des Umweltschutzes, des Naturschutzes, des Heimatschutzes oder der Denkmalpflege;
- b. das Ausmass, in dem die verlangten Anpassungen:
 1. die Umwelt beeinträchtigen;
 2. das Erscheinungsbild, die Struktur und Bausubstanz der Baute oder der Anlage aus der Sicht des Naturschutzes, des Heimatschutzes oder der Denkmalpflege beeinträchtigen.

Art. 7 Massgebliche Kosten (Art. 12 Abs. 1 BehiG)

¹ Als Erneuerungskosten im Sinne von Artikel 12 Absatz 1 BehiG gelten die voraussichtlichen Baukosten ohne besondere Massnahmen für Behinderte.

² Werden innert zweier Jahre nach Erteilung einer Baubewilligung oder vor der Fertigstellung der Baute oder Anlage Baugesuche eingereicht, welche dasselbe Objekt betreffen, berechnet sich der maximale Wert für den Aufwand von Anpassungen auf der Gesamtsumme aller Baugesuche.

³ Der maximale Wert von 5 Prozent des Gebäudeversicherungswertes im Sinne von Artikel 12 Absatz 1 BehiG berechnet sich nach dem Versicherungswert des Gebäudes vor der Erneuerung.

IX. 4. Abschnitt: Bauvorschriften des Bundes

Art. 8 Massgebliche technische Normen (Art. 15 Abs. 2 BehiG)

¹ Die Norm SN 521 500/1988 „Behindertengerechtes Bauen“⁵ ist massgeblich für:

- a. Verwaltungseinheiten, die nach Artikel 6 der Verordnung vom 14. Dezember 1998⁶ über das Immobilienmanagement und die Logistik des Bundes für das Immobilienmanagement zuständig sind;
- b. Verwaltungseinheiten, die Wohnbauten erstellen oder mitfinanzieren;
- c. Verwaltungseinheiten, die Finanzhilfen oder Abgeltungen nach dem Subventionsgesetz vom 5. Oktober 1990⁷ ausrichten;
- d. die Bundesgerichte für ihre Bauten und Anlagen, die der Erfüllung ihrer Aufgaben dienen;
- e. die Parlamentsdienste für ihre Bauten und Anlagen, die der Erfüllung ihrer Aufgaben dienen;
- f. Organisationen und Unternehmen im Sinne von Artikel 2 Absatz 4 des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes vom 21. März 1997⁸ (RVOG), sowie Unternehmen, die gestützt auf eine Konzession des Bundes öffentliche Aufgaben erfüllen, für ihre Bauten und Anlagen, die der Erfüllung ihrer Aufgaben dienen.

² Diese Verwaltungseinheiten, Organisationen und Unternehmen erarbeiten für ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereich ein Konzept, das aufzeigt, wie die Anliegen der Behinderten bezüglich der Bauten und Anlagen möglichst rasch umgesetzt werden können.

³ Die Bestimmungen der Verordnung vom⁹ über die behindertengerechte Gestaltung des öffentlichen Verkehrs bleiben vorbehalten.

X. 5. Abschnitt: Dienstleistungen des Bundes

Art. 9 Dienstleistungen im Allgemeinen

¹ Die nachfolgend aufgezählten Dienstleistungsanbieter, die einen Kundenshalter betreiben, ergreifen die notwendigen baulichen und technischen Anpassungen, damit ihre Dienstleistungen für Behinderte zugänglich sind:

- a. Verwaltungseinheiten der zentralen Bundesverwaltung nach Artikel 2 Absatz 1 und 2 RVOG¹⁰;
- b. Verwaltungseinheiten der dezentralen Bundesverwaltung nach Artikel 2 Absatz 3 RVOG;
- c. die Organisationen und Unternehmen nach Artikel 2 Absatz 4 RVOG sowie die Unternehmen, die im Rahmen einer Konzession des Bundes öffentliche Aufgaben erfüllen.

² Sie passen insbesondere den Zugang zu Schaltern sowie zu internen und externen Automaten an und rüsten sie so aus, dass sie für Behinderte benützlich sind.

³ Die Bestimmungen der Verordnung vom¹¹ über die behindertengerechte Gestaltung des öffentlichen Verkehrs bleiben vorbehalten.

⁵ Zu beziehen beim Procap Schweizerischen Invalidenverband SIV, Postfach, 4601 Olten; e-mail: zentralsekretariat@procap.ch

⁶ SR 172.010.21

⁷ SR 616.1

⁸ SR 172.010

⁹ SR

¹⁰ RS 172.010

¹¹ SR

Art. 10 Besondere Massnahmen für Sprach-, Hör- oder Sehbehinderte (Art. 14 Abs. 1 BehiG)

¹ Die in Artikel 9 erwähnten Dienstleistungsanbieter und Organe des Bundes kehren das Nötige vor, damit die Sprach-, Hör- oder Sehbehinderten in vergleichbarer Art und Weise wie nicht Behinderte Auskünfte erhalten sowie Dienstleistungen und Informationsangebote für die Öffentlichkeit beanspruchen können.

² Sie treffen auf Verlangen einer behinderten Person die nötigen Vorkehrungen, damit diese, soweit es das Recht vorsieht, die zuständigen Vertreter der Behörden aufsuchen und mit ihnen kommunizieren kann. Diese Vorkehrungen sind innert angemessener Frist zu treffen, die der Dringlichkeit und den Umständen Rechnung trägt.

Art. 11 Dienstleistungen im Internet (Art. 14 Abs. 2 BehiG)

¹ Die Information und die Kontaktmöglichkeiten sowie Transaktionen über das Internet müssen für Sprach-, Hör- und Sehbehinderte zugänglich sein. Zu diesem Zweck muss das Internetangebot wahrnehmbar, benutzerfreundlich, verständlich und zuverlässig sein.

² Der in Artikel 4 der Bundesinformatikverordnung vom 23. Februar 2000¹² vorgesehene Informatikrat (IRB) erlässt die nötigen Richtlinien für die in Artikel 9 Absatz 1 Buchstaben a und b genannten Einheiten.

³ Die Organisationen und Unternehmen nach Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe c erlassen die nötigen Vorschriften.

⁴ Der IRB sowie die verantwortlichen Organe der Organisationen und Unternehmen nach Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe c testen die Zugänglichkeit der Internetangebote und prüfen, ob sie dem branchenüblichen Standard entsprechen. Zu diesem Zweck arbeiten sie mit Organisationen der Sprach-, Hör- oder Sehbehinderten zusammen.

Variante:

Art. 11 Dienstleistungen auf (Art. 14 Abs. 2 BehiG)

Die Dienstleistungsanbieter nach Artikel 9 wenden die Normen vom über die Zugänglichkeit von Internetseiten für Hör- oder Sehbehinderte der Stiftung "Accès pour tous" an.

XI. 6. Abschnitt: Massnahmen im Bereich des Bundespersonals (Art. 13 BehiG)

Art. 12 Ausschreibung

Der Arbeitgeber gibt an, ob die von ihm ausgeschriebene Stelle Behinderten ohne Einschränkung zugänglich ist oder welche Einschränkungen auf Grund einer Behinderung entgegenstehen.

Art. 13 Begründung einer Nicht-Anstellung

¹ Eine behinderte Person, die begründeten Verdacht hat, dass ihre Bewerbung wegen ihrer Behinderung abgewiesen wurde, kann vom Arbeitgeber verlangen, dass er die Gründe der Ablehnung schriftlich darlegt.

² Der Arbeitgeber erläutert insbesondere die Wirkung der Behinderung im Auswahlverfahren der behinderten Person.

Art. 14 Schaffung einer paritätischen Kommission

¹ Der Arbeitgeber schafft eine Konsultativkommission, die sich der Integration Behinderter am Arbeitsplatz widmet und den Arbeitgeber und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in beruflichen Fragen im Zusammenhang mit Behinderungen berät.

² Die Kommission setzt sich zu gleichen Teilen aus Vertretern des Arbeitgebers und Vertretern der Behinderten zusammen.

³ Die Personalverbände bezeichnen die Vertreter der Behinderten. Diese Vertreter können Angestellte des Arbeitgebers oder Vertreter von Behindertenorganisationen sein.

⁴ Die Vertretungsmandate werden nicht entschädigt. Für Kommissionsmitglieder, die zum Personal des Arbeitgebers gehören, zählt die Zeit, während der sie an Sitzungen teilnehmen oder diese vorbereiten, als Arbeitszeit.

⁵ Die Kommission regelt in einem Reglement ihre interne Organisation und das Verfahren. Sie bezeichnet ihren Präsidenten.

⁶ Die Bestimmungen der Kommissionenverordnung vom 3. Juni 1996¹³ finden Anwendung soweit diese Verordnung nichts Abweichendes regelt.

Art. 15 Zuständigkeit und Aufgaben der paritätischen Kommission

¹ Der Arbeitgeber sowie die behinderte Angestellte oder der behinderte Angestellte können die Kommission fragen, wie der Behinderung der oder des Angestellten Rechnung zu tragen ist hinsichtlich:

- a. der Arbeitsräume;

¹² SR 172.010.58

¹³ SR 172.31

- b. des Arbeitsplatzes;
- c. der Arbeitsbedingungen;
- d. der Möglichkeiten der beruflichen Weiterbildung;
- e. der beruflichen Weiterentwicklung.

² Im Fall von Uneinigkeiten zwischen Arbeitgeber und behinderter Arbeitnehmerin oder behindertem Arbeitnehmer über die Art und Weise, wie der Behinderung im Sinne von Absatz 1 Rechnung zu tragen ist, kann die Kommission im Einverständnis der beiden Parteien vermitteln.

³ Der Arbeitgeber, der ein Arbeitsverhältnis mit einer behinderten Arbeitnehmerin oder einem behinderten Arbeitnehmer aus einem in Artikel 12 Absatz 6 BPG¹⁴ genannten Grund auflösen will, hört vor seinem Entscheid nach Artikel 34 Absatz 1 BPG die Kommission an.

⁴ Die Kommission erstattet schriftlichen Bericht.

XII. 7. Abschnitt: Finanzhilfen

Art. 16 Beiträge für Programme zur Integration Behinderter (Art. 16 BehiG)

¹ Beiträge können insbesondere geleistet werden für zeitlich befristete Programme, die:

- a. einen starken Praxisbezug aufweisen;
- b. über die Dauer der Beitragszahlung hinaus wirken;
- c. in den Organisationen und Betrieben besonders gut verankert sind;
- d. die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen fördern;
- e. eine Verbindung mit anderen Programmen ermöglichen; oder
- f. experimentellen Charakter aufweisen.

² Ebenfalls mit Beiträgen unterstützt werden kann:

- a. die Entwicklung von Grundlagen für Programme;
- b. die Evaluation von bereits bestehenden Programmen;
- c. die Sensibilisierungsarbeit.

³ Die direkte Finanzierung von betriebseigenen Programmen ist ausgeschlossen.

Art. 17 Beiträge für Pilotversuche zur Integration im Erwerbsleben (Art. 17 BehiG)

¹ Beiträge können insbesondere geleistet werden für zeitlich befristete Versuche, die:

- a. dazu dienen, Behinderte in bestehende Arbeitsprozesse zu integrieren;
- b. die Entwicklung behindertengerechter Arbeitsplätze in Normalbetrieben fördern;
- c. dazu dienen, Zusammenarbeitsformen von Behinderten mit Nichtbehinderten zu erproben;
- d. über die Dauer der Beitragszahlung hinaus wirken;
- e. in den Organisationen und Betrieben besonders gut verankert sind; oder
- f. experimentellen Charakter aufweisen.

² Die direkte Finanzierung von betriebseigenen Programmen ist ausgeschlossen.

Art. 18 Eigenleistung

Finanzhilfen nach dieser Verordnung und nach Artikel 14 Absätze 3 und 4 BehiG werden nur ausgerichtet, wenn für das jeweilige Programm oder Projekt von den verantwortlichen Kantonen, Gemeinwesen oder Organisationen eine den jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnissen zumutbare Eigenleistung erbracht wird.

Art. 19 Gesuchseinreichung

¹ Gesuche um Finanzhilfen nach dieser Verordnung und nach Artikel 14 Absätze 3 und 4 BehiG sind beim Behindertengleichstellungsbüro einzureichen. Es legt den jährlichen Eingabetermin fest. Später eingereichte Gesuche werden erst für das folgende Beitragsjahr bearbeitet.

² Dem Gesuch müssen beigelegt werden:

- a. eine genaue Beschreibung des zu unterstützenden Vorhabens;
- b. eine Zielformulierung;
- c. ein Konzept zur Umsetzung und Verbreitung der Projektergebnisse (Transferkonzept);
- d. ein Evaluationskonzept;

¹⁴ SR 172.220.1

- e. ein detaillierter Voranschlag und ein Finanzierungsplan;
- f. alle notwendigen Angaben über die am Vorhaben beteiligten Organisationen;
- g. ein Zeitplan über die Durchführung.

Art. 20 Prüfung der Gesuche

¹ Das Behindertengleichstellungsbüro prüft die Gesuche um Finanzhilfen. Es kann Stellungnahmen von Fachleuten einholen.

² Es kann verlangen, dass Projekte überarbeitet oder mit anderen Vorhaben koordiniert werden.

Art. 21 Festsetzung der Beiträge

¹ Die Höhe der Finanzhilfen wird im Rahmen der bewilligten Kredite festgesetzt. Die Finanzhilfen können als einmalige oder als periodische Beiträge ausgerichtet werden.

² Sie werden pauschal oder nach Aufwand festgesetzt. Bei Finanzhilfen, die sich nach Aufwand bemessen, wird zum voraus ein Höchstbeitrag festgesetzt.

Art. 22 Entscheid

¹ Über die Gewährung von Finanzhilfen entscheidet:

- a. das Eidgenössische Departement des Innern, sofern der beantragte Beitrag 200 000 Franken übersteigt;
- b. das Behindertengleichstellungsbüro bei Gesuchen bis zu 200 000 Franken.

² Bei Gesuchen zu Projekten und Programmen, die sich über mehrere Jahre erstrecken, ist der Gesamtbetrag massgebend.

Art. 23 Überwachung und Berichterstattung

¹ Das Behindertengleichstellungsbüro überwacht die Durchführung der Projekte.

² Die Gesuchstellerin oder der Gesuchsteller berichtet dem Behindertengleichstellungsbüro regelmässig über den Verlauf des Vorhabens und reicht ihm spätestens drei Monate nach dessen Abschluss einen Schlussbericht ein.

³ Das Behindertengleichstellungsbüro erlässt Weisungen über die Berichterstattung.

Art. 24 Evaluation

¹ Das Behindertengleichstellungsbüro überprüft die Evaluation der Vorhaben durch die Gesuchstellerin oder den Gesuchsteller.

² Es kann zur Erfüllung dieser Aufgabe Fachleute beiziehen.

XIII. 8. Abschnitt: Schlussbestimmungen

Art. 25 Änderung bisherigen Rechts

Die Änderung bisherigen Rechts wird im Anhang 2 geregelt.

Art. 26 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2004 in Kraft.

2003

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Der Bundespräsident: Pascal Couchepin

Die Bundeskanzlerin: Annemarie Huber-Hotz

**Verzeichnis der nach BehiG beschwerde- und klageberechtigten Behindertenorganisationen
(anerkannte Organisationen)**

- 1.
- 2.
- 3.
- 4.

Änderung bisherigen Rechts

Die nachstehenden Erlasse werden wie folgt geändert:

1. Verordnung vom 14. Dezember 1998¹⁵ über das Immobilienmanagement und die Logistik des Bundes

Art. 3a Abs. 1

¹ Die zuständigen Stellen erfüllen ihre Aufgaben nach den Grundsätzen der Zweckmässigkeit, Wirtschaftlichkeit und Benutzerorientierung unter Berücksichtigung kultureller und ökologischer Belange sowie der Anliegen der Menschen mit Behinderungen.

2. Organisationsverordnung vom 28. Juni 2000¹⁶ für das Eidgenössische Departement des Innern

Art. 3a neu

Das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen erfüllt die Aufgaben nach dem Behindertengleichstellungsgesetz vom 13. Dezember 2002¹⁷ und seinen Ausführungsbestimmungen.

3. Bundesinformatikverordnung vom 23. Februar 2000¹⁸

Art. 3 Abs. 1, Satz 2 (neu)

... Sie genügen hinsichtlich der Zugänglichkeit den Anforderungen für Sprach-, Hör- oder Sehbehinderte gemäss Artikel 10 der Behindertengleichstellungsverordnung vom¹⁹.

4. Urheberrechtsverordnung vom 26. April 1993²⁰

1a. Kapitel: Ausdehnung der Bundesaufsicht (neu)

Art. 16a (neu)

¹ Der Bundesaufsicht wird in Ergänzung von Artikel 40 Absatz 1 des Urheberrechtsgesetzes vom 9. Oktober 1992²¹ die Verwertung der ausschliesslichen Rechte zur Vervielfältigung und Verbreitung von literarischen, wissenschaftlichen und anderen Sprachwerken unterstellt, soweit:

- a. es sich um veröffentlichte Werke handelt;
- b. mit der Inanspruchnahme dieser Rechte kein Erwerbszweck verfolgt wird;
- c. die Vervielfältigung ausschliesslich dem Zweck dient, das Werk für Menschen mit Behinderungen im Sinne des Behindertengleichstellungsgesetzes vom 13. Dezember 2002²² wahrnehmbar zu machen.

² Absatz 1 findet keine Anwendung, wenn das Werk zu einem angemessenen Preis in der für den behinderten Menschen wahrnehmbaren Art bereits verfügbar ist.

5. Verordnung vom 31. Mai 2000²³ über das eidgenössische Gebäude- und Wohnungsregister

Art. 15 Abs. 1 Bst. i (neu)

¹ Folgende Amtsstellen können für Zwecke der Statistik, Forschung und Planung nach Artikel 11 Absatz 1 an das GWR angeschlossen werden:

- i. das Büro für die Gleichstellung der Menschen mit Behinderungen (BüGle).

¹⁵ SR 172.010.21

¹⁶ SR 172.212.1

¹⁷ SR 151.3

¹⁸ SR 172.010.58

¹⁹ SR

²⁰ SR 231.11

²¹ SR 231.1

²² SR 151.3

²³ SR 431.841

Anhang

Der Anhang erhält die neue Fassung gemäss Beilage [der angepasste Text ist nur in der französischen Fassung enthalten].

6. Verordnung über das Betriebs- und Unternehmensregister vom 30. Juni 1993²⁴

Art. 3 Abs. 2 Bst. d^{bis} (neu)

d^{bis}. die Zahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Behinderungen im Betrieb;

Art. 11 Abs. 1 Bst. k und Abs. 2 Bst. c^{bis}

¹ Folgende Amtsstellen sind für statistische Zwecke an das System angeschlossen:

k. das Büro für die Gleichstellung der Menschen mit Behinderungen (BüGle);

² Folgende Amtsstellen sind für andere Zwecke an das System angeschlossen:

c^{bis}. das Büro für die Gleichstellung der Menschen mit Behinderungen (BüGle);

Anhang

Der Anhang erhält die neue Fassung gemäss Beilage [der angepasste Text ist nur in der französischen Fassung enthalten].

²⁴ SR 431.903

Kantone

Staatskanzleien der Kantone
Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren
Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren
Schweizerische Bau-, Planungs- und Umweltschutzdirektoren-Konferenz

Eidgenössische Kommissionen

Eidgenössische Schiedskommission für die Verwertung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten
Eidgenössische Kommission für Denkmalpflege
Eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission

Parteien

Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz
Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Schweizerische Volkspartei

Anstalten und Aktiengesellschaften nach Spezialgesetz

ETH-Rat
Die Schweizerische Post
Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG SSR idée suisse)
Swisscom

Dachverbände aus dem Wirtschaftsbereich

Zentralverband Staats- und Gemeindepersonal Schweiz
Vereinigung Schweizerischer Angestelltenverbände
Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste
Schweizerischer Arbeitgeberverband
Schweizerischer Gewerbeverband (SGV)
economiesuisse – Verband der Schweizer Unternehmen
Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Organisationen aus dem Bereich der Behindertenhilfe

Dachorganisationen-Konferenz der privaten Behindertenhilfe (DOK), die die interessierten Organisationen angehört hat.

Weitere interessierte Organisationen

Schweizerischer Gemeindeverband
Associazione dei Librai della Svizzera Italiana
Verein eCH
Fédération romande immobilière
GastroSuisse
Hauseigentümerverband Schweiz (HEV)
ProLitteris
Schweizerischer Buchhändler- und Verleger-Verband
Società Editori della Svizzera Italiana
Schweizer Hotelier-Verein
Schweizerischer Ingenieur- und Architektenverein
Société des libraires et éditeurs de la Suisse romande
Suisseculture
Schweizerischer Städteverband
Suisa

Liste der Teilnehmer der Konferenz vom 18.9.2003

Anhang 3

AGILE Behindertenselbsthilfe Schweiz	B. Adler
Schweizerischer Arbeitgeberverband	H. R. Schuppisser
DOK	C. Klein
economiesuisse	R. Hunziker-Blum
ETH-Rat	R. Ribarov
Fédération romande immobilière	C. Amstein
GastroSuisse	H. Peyer
Schweizerischer Gemeindeverband	M. Zürcher
pro audito schweiz	Th. Schmidhauser
	B. Wenk
Pro Infirmis Schweiz	U. Dettling
ProLitteris	Stauffacher
procap	H. Steiger
	B. Stöfer
	U. Kaiser
Schweiz. Blinden- und Sehbehindertenverband	
Schweiz. Fachstelle für behinderten- gerechtes Bauen	J. Manser
Hauseigentümerverband Schweiz	Th. Oberle
Schweizer Hotelier-Verein	Th. Allemann
Schweizerische Bibliothek für Blinde und Sehbehinderte SBS	
Die Schweizerische Post	B. Heinser
	L. Reiniger
	J. Ryser
Schweizerischer Gewerbeverband SGV	K. Gfeller
Schweizerischer Verband für visuelle Kommunikation	
SIA	A. Fischer
	J. Gasche
	Martino
	De Weck
SRG SSR idée suisse	Ch. Chatelet
	U. Wey
Schweizerischer Städteverband	A. Walter
	A. Mülhauser
	W. Rösler
	G. Studer
	M. Haug
	A. Wegelin
Suisa	
Suisse Retail (Vereinigung der Mittel- und Gross- betriebe des schweizerischen Detailhandels)	P. Saner
Swissmem Berufsbildung (Institution des Arbeit- geberverbandes der Schweizer Maschinen- industrie, ASM)	
Verein eCH (e-Government-Standards)	O. Sauter
Zentrum für Selbstbestimmtes Leben	W. Stüdeli
Zugang für alle	P. Wehrli
Namics AG	A. Schneider
	J. Stuker
CVP	
SVP	Werz
	J. Stahl
	G. A. Rutz
	D. Schneider

AR
BL
BS
GE
GE
JU
LU
LU
LU
NE
NW
SZ
UR
VD

Ph. Ludwig
St. Huetten
H. Lueking
B. Levrat
J.-P. Biffiger
J. Plumey
R. Hollermayer
P. Von Dach
W. Buehler
A.Tendon
E. Schluessel
R. Buchli
H. Arnold
Ch. Voggensberger

**Liste der Vernehmlassungsteilnehmer, die eine schriftliche
Stellungnahme abgegeben haben**

Anhang 4

Kantone

AR
BL
BS (vertrat gleichzeitig die EDK)
GE
JU
LU
NE
NW
SZ
UR
VD
AI
GR
VS
TG
BE
TI

Eidgenössische Kommissionen

Eidgenössische Schiedskommission für die Verwertung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten
Eidgenössische Kommission für Denkmalpflege
Eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission

Parteien

Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz (CVP)
Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP; schliesst sich der Stellungnahme der DOK an)
Schweizerische Volkspartei (SVP)

Anstalten und Aktiengesellschaften nach Spezialgesetz oder mit einer Konzession des Bundes

Die Schweizerische Post
ETH-Rat
Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG SSR idée suisse)

Dachverbände aus dem Wirtschaftsbereich

economiesuisse
Swissmem Berufsbildung (Institution des Arbeitgeberverbandes der Schweizer Maschinenindustrie, ASM)
Schweizerischer Arbeitgeberverband
Schweizerischer Gewerbeverband (SGV)

Organisationen aus dem Bereich der Behindertenhilfe

AGILE Behindertenselbsthilfe
DOK (Dachorganisationen-Konferenz der privaten Behindertenhilfe)
Schweizerischer Blinden- und Sehbehindertenverband
pro audito schweiz
Pro Infirmis Schweiz
procap
Schweiz. Fachstelle für behindertengerechtes Bauen

Schweizerische Bibliothek für Blinde und Sehbehinderte SBS
Zentrum für Selbstbestimmtes Leben
Zugang für alle

Weitere interessierte Organisationen

Schweizerischer Gemeindeverband
Verein eCH (schliesst sich der Stellungnahme der DOK an)
Schweizerischer Verband für visuelle Kommunikation
Fédération romande immobilière
GastroSuisse
Namics AG
ProLitteris
Hauseigentümerverband Schweiz (HEV)
Schweizer Hotelier-Verein
Schweizerischer Ingenieur- und Architektenverein (SIA)
Suisa
Swiss Retail Federation (Gross- und Mittelbetriebe des Schweizerischen Detailhandels)
Schweizerischer Städteverband
Autogewerbe-Verband der Schweiz (AGVS)